Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses

am Dienstag, den 18.01.2022

im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	19:06 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Deffner, Thomas

Ausschussmitglieder

Beyer, Elke	
Danielis, Walter	
Eff, Hans Jürgen	anwesend ab 16.45 Uhr, ab TOP N1
Fabi, Markus	
Görmer, Andreas	
Hillermeier, Joseph	
Holzhäuer, Hans, Dr.	abwesend ab 17.50 Uhr, ab TOP N4
Hüttinger, Hannes	
Illig, Richard	
Kupser, Paul, Dr.	
Meyer, Boris-Andrè	
Pollack, Kathrin	Vertretung für Herrn Martin Porzner
Rühl, Oliver	
Sauerhöfer, Jochen	
Seiler, Friedmann	

Schriftführerin

Beyreuther, Bettina

Verwaltung

Albrecht, Christoph
Zipser, Bernd

Referenten

Büschl, Jochen
Jakobs, Christian

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Porzner, Martin	fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 B+R Offensive - Radabstellanlagen am Bahnhof

TOP 2 Anfragen/Bekanntgaben

TOP 3 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeister Thomas Deffner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Oberbürgermeister Deffner verweist auf den Nachtrag im nichtöffentlichen Teil.
Der Nachtrag wird genehmigt.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 B+R Offensive - Radabstellanlagen am Bahnhof

Herr Oberbürgermeister Deffner verweist auf den empfehlenden positiven Beschluss im gestrigen Bauausschuss zu diesem Sachverhalt.

Herr Büschl trägt den Sachverhalt vor.

Die Stadt Ansbach bemühe sich im Rahmen der Bike- und Ride- Offensive (B+R) die Radabstellanlagen im Bereich des Bahnhofs zu erneuern und die Anzahl der Abstellmöglichkeiten zu erhöhen. Auch zusätzliche Serviceangebote, wie bspw. Reparaturstationen, sollen geschaffen werden.

Hierfür habe im Mai 2021 ein Abstimmungsgespräch mit der DB B+R und DB Station & Service stattgefunden, wie auch bereits im Bauausschuss am 10.05.2021 berichtet worden sei. Das Ergebnis der Flächenprüfung sei durch die DB der Stadt Ansbach am 17.12.2021 übermittelt worden.

Folgende Flächen seien positiv geprüft worden:

Fläche	**Beschreibung**	**Planung**	**Mögliche Anzahl Abstellanlagen**
A9, A10, A11	West, zwischen Bahnhofsgebäude und Gleise	Sammelschließanlagen / überdachte Abstellplätze, jeweils mit Doppelstockparkern	288
B8, B9	Ost, zwischen Bahnhofsgebäude und Gleise	überdachte Abstellplätze mit Doppelstockparkern Reparaturstation	168
D1	West, vor Bahnhofsgebäude	Anlehnbügel Reparaturstation	20
E2	Ost, vor Bahnhofsgebäude	Anlehnbügel	18
F1	Süd, neben Aufzug	Überdachte Abstellplätze mit Doppelstockparkern	24
H1	Süd, auf Parkplatzfläche	Überdachte Abstellplätze / Sammelschließanlagen mit Doppelstockparkern	48

Lediglich die Flächen C (Ost, auf P+R zwischen Bahnhofsgebäude und Gleise) und G (Süd, auf DB Netz Flächen) seien negativ geprüft worden. Auch sei die Inanspruchnahme oder Anmietung des leerstehenden bzw. untergenutzten Gebäudeflügels des Bahnhofsgebäudes zur Post ausgeschieden.

Vor Beginn des barrierefreien Umbaus waren ca. 215 nutzbare Abstellmöglichkeiten vorhanden. Bei einer Bedarfsabschätzung 2014 konnten 340 abgestellte Räder festgestellt werden. Würden alle Abstellmöglichkeiten entsprechend der Flächenprüfung umgesetzt werden, könnten 566 Abstellmöglichkeiten am Bahnhof geschaffen werden.

Da die Kommunalrichtlinie derzeit einen Corona-Bonus von 10 % enthält, sei durch die Verwaltung vorsorglich noch im Dezember 2021 der Förderantrag über PTJ (Projektträger Jülich) für alle positiv geprüften Flächen eingereicht worden. Mit der Einreichung des Förderantrages sei zunächst keine Bauverpflichtung verknüpft.

Seitens der DB S&S sei im Rahmen des barrierefreien Ausbaus angeboten worden, die Flächen West und Ost für die Errichtung der Radabstellanlagen vorzubereiten, alle notwendigen Baumaßnahmen (u. a. Fundamente) umzusetzen. Dies würde über einen Nachtrag erfolgen, auf Basis des bestehenden Bauvertrags nach Kostenübernahmeerklärung durch die Stadt Ansbach. Für die Flächen Ost und West (A9, A 10, A 11, B 8 und B 9) wurden auf Basis der bestehenden Verträge Kosten für die Rohbauvorarbeiten in Höhe von netto 326.585,-€ ermittelt (geschätzte Kosten, ohne Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung von DB S&S). Die Gesamtkosten für die Arbeiten würden sich auch ca. 390.000 € brutto belaufen.

Für die weiteren Flächen (E 2, D 1, F1 und H 1) belaufen sich die Kosten auf Basis der Kostenschätzung der DB entnommen aus den Flächen A und B für die Rohbauvorarbeiten auf ca. 185.000 €.

Die vorbereitenden Bauarbeiten (Oberflächenbefestigung, Fundamente, Entwässerung, Leerrohre Stromversorgung, Beleuchtung) könnten so für die Flächen Ost und West im 3. Quartal 2022 erfolgen, sofern die erforderliche Finanzierungszusage und die entsprechenden Planungen vorlägen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von Unbekannten durch eine fehlende Baugrunduntersuchung und Planung gäbe, die das Treffen von Annahmen erforderlich gemacht habe. Das beträfe u. a. die Entsorgungskosten der anfallenden Ausbau-/Rückbaustoffe, den Aufwand für die Kampfmittelerkundung und die Kosten für die Entwässerungsanlagen befestigter Flächen und Dachflächen (zugrunde liegt ein grob skizziertes Entwässerungssystem für die Flächen).

Die Gesamtkosten für die Fahrradabstellanlagen würden sich auf insgesamt 1.040.000 € brutto belaufen. Davon entfallen 465.000 € auf die Abstellanlagen selbst und 575.000 € auf die Rohbauvorarbeiten (Fundamentierung, Entwässerung und Beleuchtung).

Im Rahmen der Bike- und Ride-Offensive beträgt der Fördersatz 70%, vorbenannte Gesamtkosten würden gefördert werden.

Im städtischen Haushalt seien für 2022 bisher 500.000 € beantragt worden.

Darüber hinaus sei von Folgekosten auszugehen. Die Stadt Ansbach sei für den Unterhalt und (wenn auch delegierten) Betrieb der Anlage verantwortlich und müsse sie entsprechende Aufgaben übernehmen bzw. finanzieren. Eine Aufstellung könne hierüber jedoch noch nicht vorgelegt werden. Es müsse zunächst genau geklärt werden, wie und wer sich um die Anlagen kümmert. Dafür sei ein neuer

Gestattungsvertrag notwendig, d. h. der bestehende Vertrag mit der DB müsse überarbeitet werden.

Nach Vorstellung des Beschlussvorschlages werden Fragen aus dem Gremium beantwortet.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss:

Im Falle eines positiven Fördermittelbescheides werden alle in der Vorlage genannten und beantragten Fahrradabstellanlagen und Reparaturstationen umgesetzt.

Das Herrichten der Flächen Ost und West wird voraussichtlich im Rahmen des barrierefreien Ausbaus über die über Bahn und deren bestehende Vertragslage erfolgen.

Die Kosten i. H. v. derzeit geschätzten 1.040.000 € sind, soweit nicht bereits finanziert, im Haushalt 2023 vollumfänglich bereitzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt notwendige Gestattungsverträge mit der DB AG, bzw. DB S&S und dem Bahnhofsmanagement innerhalb der o. g. Verpflichtungen und des bestehenden Finanzierungsrahmens zu schließen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 2 Anfragen/Bekanntgaben

1. Auftragsvergabe der Insolvenz- und Schuldenberatung an AWO

Herr Jakobs gibt dem Gremium bekannt, dass die Kooperationsvereinbarung mit der AWO für die Schuldner- und Insolvenzberatung zum 31.12.2021 endete. Aus diesem Grund, wie bereits in der Stadtratssitzung vom 13.12.2021 mitgeteilt worden sei, erfolgte die Durchführung eines Auswahlverfahren für die erneute Vergabe der Schuldner- und Insolvenzberatung. An diesem Verfahren hätten sich der AWO Kreisverband Ansbach-Stadt e. V. und das Diakonische Werk Weißenburg-Gunzenhausen beteiligt. Nach dem Vergleich der eingegangenen Angebote, sei die Entscheidung, die Aufgaben der Schuldner- und Insolvenzberatung weiterhin an den AWO Kreisverband Ansbach-Stadt e.V. zu vergeben, gefallen. Eine neue Kooperationsvereinbarung für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2023 sei mit dem Verband bereits geschlossen worden.

2. Projekt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“

Herr Jakobs informiert, dass keine Förderzusage erfolgt sei, da die Wünsche der Stadt leider nicht zum Förderprogramm gepasst hätten. Die Verwaltung beabsichtige jedoch, sich für die nächste Runde zu bewerben, man müsste aber die

Ausschreibungsbedingungen für die nächste Runde abwarten. Es könne sein, dass die bestehenden Wünsche an das Förderprogramm angepasst werden müssen, man könne nicht alles unter der Maßgabe geltend machen, dass eine entsprechende Nachhaltigkeitsstelle ohne Förderung nicht zu schaffen sei.

3. Altfahrzeug auf der Promenade

Frau Beyer berichtet von einem seit einem halben Jahr abgestellten Fahrzeug auf der Promenade, das ohne Kennzeichen sei und einen Parkplatz blockiere. Der Stadtverwaltung sei dies auch bereits gemeldet worden. Sie bittet darum, dass man sich endlich darum kümmert.

4. 365-€-Ticket

Herr Meyer zeigt sich irritiert über die Nachricht, dass das 365-€-Ticket nicht eingeführt werden soll, ohne dass vorher eine Information an die Stadträte gegangen sei und erkundigt sich, wer diese Entscheidung getroffen habe.

Herr Oberbürgermeister Deffner erklärt, dass er dieses Thema für die kommende Stadtratssitzung geplant habe und dann detaillierter berichten werde. Der VGN-Verbundausschuss beabsichtigte eigentlich dieses Projekt generell nicht umzusetzen. Aufgrund von zahlreichen Gegenstimmen habe man sich auf einen neuen Beschluss geeinigt: Da das Projekt aktuell nicht finanziell darstellbar sei, soll das Ticket noch nicht zum 01.01.2023 eingeführt werden.

TOP 3	Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Die Geheimhaltung bleibt bestehen.

Auflageverfahren

Die Niederschriften über die Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 23.11.2022 und 29.11.2022 wurden durch Auflage genehmigt.

Thomas Deffner
Oberbürgermeister

Bettina Beyreuther
Schriftführer/in